

## **RESOLUTION**

### **KONGRESS Mediengewalt: Handeln statt Resignieren!**

#### **Ergebnisse der Medienwirkungsforschung – Politische und pädagogische Konsequenzen**

50 Jahre Wirkungsforschung über Gewalt in den Medien erbrachten eindeutige wissenschaftliche Fakten:

- Mediengewaltkonsum erhöht Aggressivität und Gewalttätigkeit bei 10-15% der Kinder und Jugendlichen. Das sind in Deutschland rund 1,5 Millionen. In Risikogruppen ist die Wirkung noch stärker.
- Die Hauptwirkung von Mediengewalt besteht im Aufbau von latenter Gewaltbereitschaft, die als Aggressivität in der bisherigen Forschung unbeachtet blieb (Prof. Kleiter).
- Gewalthaltige Computerspiele bewirken unmittelbar eine emotionale Desensibilisierung und langfristig eine herabgesetzte Mitleidensfähigkeit sowie eine größere Wertschätzung von Gewalt (Dr. Trudewind/Dr. Steckel).
- Bei Vielspielern am Computer wurden Hinweise auf Veränderungen der Gehirnaktivität gefunden, die mit aggressiven Verhaltensänderungen in Beziehung stehen können (Prof. Akio Mori, Nihon Universität Tokio).
- Die Tötungshemmung wird im Kontext weiterer Lernprozesse durch Killer-Spiele abgebaut (Dave Grossman).
- Intensiver Horror-Gewalt-Film-Konsum und Killer-Spiele bewirken mit das Lernen von destruktiven Emotionen (Hass, Neid, Rache), von Feindbildern und Gewaltbereitschaft (Dr. Hopf).
- Handlungsmuster für Gewalttätigkeit werden durch Mediengewaltkonsum gelernt und Lust an Gewalt verstärkt (Dr. Weiß).
- Metaanalysen über einige tausend internationale Wirkungsstudien zur Mediengewalt belegen diese wissenschaftlichen Fakten, die nicht wegdiskutiert werden können (Prof. Lukesch).

Die Behauptung, dass die bisherigen Forschungsergebnisse widersprüchlich seien, ist gezielt falsch. Diese Verfälschung wird von mediennahen Wissenschaftlern, Politikern und Medienvertretern systematisch öffentlich wiederholt, damit das Geschäft mit der Gewalt weitergehen kann (Dr. Weiß). Die im Bundestag erhobene Forderung nach mehr Grundlagenforschung ist voll zu unterstützen, sie darf jedoch kein Alibi dafür sein, heute nicht politisch konsequent zu handeln.

## Politische und pädagogische Konsequenzen

- Eine klare und eindeutige Information der Öffentlichkeit über den Stand der Wirkungsforschung – und das in einer Sprache, die alle Menschen verstehen.
- Ein Verbot der Produktion (national) und des Vertriebs von gewaltverherrlichenden Filmen und Video-/PC-Spielen.
- Ein Gesetz zur Haftung für Medienprodukte.
- Änderung des Rundfunkstaatsvertrags: Generelles Verbot der Ausstrahlung indizierter Filme und eine schärfere Kontrolle des Jugendschutzes in den Medien durch Übertragung der Kompetenzen an eine öffentliche Institution des Bundes.
- Eine effektive Kontrolle der Gewaltangebote im Internet.
- Kritische Medienerziehung für Eltern, Lehrer und Schüler, da gesetzliche Maßnahmen nicht ausreichen.
- Finanzielle und zeitliche Ausstattung der Schulen für eine intensive kritische Medienerziehung.
- Boykott der Werbung in gewaltverherrlichenden Sendungen durch die Industrie. Dies trifft das Geschäft mit der Gewalt unmittelbar.
- Veröffentlichung der Industrieunternehmen, die häufig in gewaltverherrlichenden Sendungen werben.
- Verschärfung der Kriterien für die Bundesprüfstelle.

Es geht um eine konsequente Umsetzung der notwendigen Maßnahmen aufgrund wissenschaftlicher Fakten. Schon jetzt zeigt sich, dass Erfurt bald vergessen sein wird und die Medienindustrie ihr Geschäft wie bisher betreibt. Die Verwirrung der Öffentlichkeit durch widersprüchliche Behauptungen hat System. Der Zensurvorwurf gegen eine Stärkung des Jugendschutzes ist absurd: Die Opfer der Gewalt werden damit zu Opfern einer beliebigen Interpretation des Grundrechts der Freiheit der Meinung und der Kunst. Dieses Grundrecht ist dann nicht mehr in der Lage, die Menschenwürde zu schützen. In Wirklichkeit geht es um Gewinn- und Konsumfreiheit – und die soll nicht angetastet werden, auch wenn die Gewaltverherrlichung in den Medien die Menschenwürde mit Füßen tritt.

Die Wirkungen von Mediengewalt geschehen im Kontext von Gewalt in der Familie, Peergroup und Schule sowie im Rahmen gesellschaftlicher Verhältnisse. Mediengewaltwirkungen einzuschränken oder zu verhindern bedeutet, **eine** Ursache von Gewalt für viele Kinder und Jugendliche zu beseitigen.

Dr. W. H. Hopf, München; Dr. M. Kandler, Univ. München; Prof. em. Dr. E. F. Kleiter, Univ. Flensburg; Prof. Dr. H. Lukesch, Univ. Regensburg; Dr. R. Steckel, Univ. Bochum; Prof. Dr. R. Tippelt, Univ. München; Dr. C. Trudewind, Univ. Bochum; Dr. R. H. Weiß, Stuttgart.